

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung: Diskursforschung und Ökonomie	9
<i>Rainer Diaz-Bone und Gertraude Krell</i>	

Grundlagen

Der <i>linguistic turn</i> in der Managementforschung	37
<i>Barbara Sieben</i>	
Narrative, Diskurse und Organisationsforschung	63
<i>Barbara Czarniwska</i>	
Was ist eine Institution?	85
<i>John R. Searle</i>	
Ökonomen leben in Metaphern	109
<i>Deirdre N. McCloskey</i>	
Die Konstruktion der Wirtschaft durch das Rechnungswesen	125
<i>Eve Chiapello</i>	

Anwendungen

Linguistische Diskursanalyse und ihre Anwendung auf die Wirtschaftskommunikation	153
<i>Gisela Brüner</i>	
Kundenkommunikation in Call Centern des Finanzdienstleistungssektors: Konversationsanalytische Zugänge zum Reden über Geld	177
<i>Ingo Matuschek und Frank Kleemann</i>	
Gender Marketing: Ideologiekritische Diskursanalyse einer Kuppelproduktion	203
<i>Gertraude Krell</i>	

Geschichten als Signale: Zur diskursiven Konstruktion von Märkten	225
<i>Sophie Mützel</i>	
Finanzmarktöffentlichkeiten. Die funktionale Beziehung zwischen Finanzmarkt und öffentlichem Diskurs	245
<i>Andreas Langenohl</i>	
Qualitätskonvention als Diskursordnungen in Märkten	267
<i>Rainer Diaz-Bone</i>	
„Thank you for your creativity!“: „Arbeit“ und „Kreativität“ im Diskurs der Creative Industries.....	293
<i>Mario Vötsch und Richard Weiskopf</i>	
„Von Wissensbilanzen und Benchmarking“: Die fortschreitende Ökonomisierung der Universitäten. Eine Diskursanalyse	317
<i>Ruth Wodak</i>	
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren.....	337

„Von Wissensbilanzen und Benchmarking“: Die fortschreitende Ökonomisierung der Universitäten. Eine Diskursanalyse

Ruth Wodak

1. Universitäten im 21. Jahrhundert?

In einer Rede im Februar 2005 meinte der zuständige EU-Kommissar für Forschung, Janez Potočnik, dass

„[a]ll research should include a social sciences and humanities component. Putting this into practice is not an easy task. But it will not happen in a top-down manner. I rather believe that you, as social scientists, have to take the responsibility into your hands. But by not doing so, you will remain as you are, not even accepted to discuss today's important issues.“ (Commission Speech 2005/786)

Wie Sozial- und GeisteswissenschaftlerInnen diese ihnen von der Politik zugeschobene Verantwortung übernehmen sollen oder können, bleibt offen. Das „symbolische Kapital“ (Bourdieu 1992) der Sozialwissenschaften ist in der neuen Wissensgesellschaft, der *Knowledge Based Society* – und das deutet Potočnik in seiner Rede an – rapide gesunken. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: SozialwissenschaftlerInnen liefern nämlich nicht unmittelbar anwendbare Produkte, die sich gut vermarkten lassen.¹ (Kritische) Sozialwissenschaften gelten, so ließe sich die Rede des EU-Kommissars noch weiter interpretieren, offensichtlich wegen der geforderten Reflexion und des Hinterfragens als lästig; augenblickliche „Schein“-Erfolge zugunsten langfristiger Entwicklungen aufzugeben oder zumindest hintanzustellen, ist nicht einfach und politisch schwer zu legitimieren. „Normalisierungsprozesse“ aufzuweichen, wird ebenfalls als überflüssig und unangenehm empfunden.

Dies steht im Widerspruch zu den Anforderungen der Wissensgesellschaft, die von der *Knowledge Based Economy* (KBE) geprägt und als Ziel für die Europäische Union und Europa formuliert wird. So finden wir etwa folgende Definitionen (vgl. auch Jessop 2008):

„The target is to establish a knowledge-based society. This is a society where activities and decisions across all domains of life are based on knowledge; a society, where research, focused on the discovery, acquisition, utilisation, and dissemination of knowledge is in harmony with education; a society where research and education are the underpinnings of a national system of innovation that provides the basis for economic growth, and which is a prerequisite for successful competition of [...] products and labor in European and World Markets.“ (Eesti Teaduste Akadeemia 1997: 1)

„Today the *knowledge society* is a central concept for both comprehending contemporary societies and planning their future. In the Baltic Sea region [for example] it has become the tag-mark of development. The whole region seems to understand, and aim towards, a future that, in one way or another, depends on *infor-*

1 Auch das reale Kapital ist rapide gesunken, wie sich an den Förderungstöpfen der EU nachweisen lässt (1,99 % im 6. Rahmenprogramm, 1,88 % im 7. Rahmenprogramm, das sind 610 Mill. € von insgesamt 32,365 Mill. €; www.ec.europa.eu/research).

mation, knowledge and learning. [...] The three key-words appear in many different public spaces: researchers attempt to understand the contemporary society with the help of these concepts, politicians build the future on them, and advertisements sell different products and services with them.“ (Hakapää 2002: 10)

„Information“, „Wissen“ und „Lernen“ sind also zu Schlagworten der KBE geworden. Ihren Ausgangspunkt nahm die KBE, wie Jessop (2008) schlüssig aufweist, während der Entwicklung neuer Informationstechnologien in Japan. Technologischer Wortschatz und technologische und ökonomische Normen haben seither sämtliche gesellschaftlichen Bereiche kolonisiert. Gleichzeitig wurde in Europa – im Zusammenhang mit dem „Kampf gegen Arbeitslosigkeit“ – die *Globalisierungs- und Wettbewerbsrhetorik* lanciert (vgl. Muntigl et al. 2000), die ich weiter unten kurz ausführen werde, weil sie sich auch auf die Universitäten in vielfacher Weise ausgewirkt hat.

Mit Blick auf die *Ökonomisierung* der Hochschulen und des universitären Alltags stellen sich folgende Fragen: Wann und warum kam es zu diesen Entwicklungen, was ist daran neu? Wie manifestieren sich diese Entwicklungen im universitären Alltag und welche Folgen für wen ergeben sich daraus? Damit ist der Weg für eine kritisch reflektierende, diskursanalytische Perspektive geebnet: Denn gesellschaftliche Entwicklungen verlaufen u.a. kommunikativ (schriftlich, mündlich oder über Bilder), und die neuen Diskurse beeinflussen wiederum im Sinne einer Dialektik gesellschaftliche Entwicklungen über viele *Genres*, wie Medien, Policy Papers, Slogans, Werbung, Schlagworte, Brands, Metaphern, Mission-Statements usw. Eine detaillierte Untersuchung der vielen sprachlichen Manifestationen des Einflusses der KBE in Text, Wort und Bild und deren Funktionen wie Wirkung ist daher angesagt.

Da ich im vorliegenden Beitrag nicht alle diese Fragen beantworten kann, beschränke ich mich auf die Genese der neuen universitären Entwicklungen und auf deren Auswirkungen auf Österreich² und untersuche am Beispiel der *Bolognadeklaration* und des neuen *Universitätsgesetzes* 2002 (UG 2002) die nationale *Rekontextualisierung* und Implementierung einer europaweiten Strategie (fußend auf der *Lissabon-Strategie*). Dabei werde ich auch die Auswirkungen der neuen ökonomischen Ideologien auf die Hochschulentwicklung aufweisen, indem ich die Herausbildung einer *Globalisierungs- und Wettbewerbsrhetorik* innerhalb der EU-Debatten zur Beschäftigungspolitik und deren Auswirkungen zurückverfolge.

2. Der Diskurshistorische Ansatz der Kritischen Diskursanalyse

Theoretisch und methodisch liegt der vorliegenden Arbeit der Diskurshistorische Ansatz (DHA) der Kritischen Diskursanalyse / Critical Discourse Analysis (CDA) zugrunde.³ Die CDA ist ein problemorientiertes, trans- und interdisziplinäres Forschungsprogramm. Für die Analyse von öffentlichen, insbesondere politischen Diskursen ist dabei die Einbeziehung der historischen Dimension besonders wichtig, die eine umfassende, multi-perspektivische Interpretation von Texten ermöglicht, indem der konkrete Kontext der Textproduk-

2 Parallele Entwicklungen in anderen Ländern streife ich nur gelegentlich, wenn dies dem Verständnis dieser komplexen Prozesse dient; vgl. dazu Fairclough/Wodak (2008); Wodak/Fairclough (2009); Jessop/Fairclough/Wodak (2008).

3 Vgl. Wodak et al. (1998), Reisigl/Wodak (2001, 2009); Wodak/de Cillia (2005); Wodak (2001, 2004, 2007a, 2008); Wodak/Krzyżanowski (2008).

tion mit berücksichtigt wird und so intertextuelle, interdiskursive, diachrone wie synchrone Querverbindungen ermöglicht werden. Operationalisiert wird ein solches kontext-sensitives Vorgehen durch die Konzepte der *Intertextualität*, *Rekontextualisierung* und *Interdiskursivität*. Diese begriffliche Trias definiere ich kurz zusammengefasst wie folgt: Texte stehen immer in größeren Zeit- und Raumzusammenhängen, synchron und diachron, sind daher niemals als isolierte Informationsäußerungen zu verstehen; dies wird mit *Intertextualität* erfasst. Diskurse überlappen einander, Texte und Genres sind daher oft hybrid. So beinhalten Diskurse über Beschäftigungspolitik beispielsweise immer auch Argumente und *Topoi* aus Diskursen über Soziales oder über Migration. Diese Phänomene werden als *Interdiskursivität* definiert. *Rekontextualisierung* beschreibt, wie sich *Topoi* und Argumente im Transfer von Genre zu Genre und Öffentlichkeit zu Öffentlichkeit verändern, wie sie damit neue Bedeutungen gewinnen – d.h., welches Eigenleben sie dabei entwickeln (Muntigl et al. 2000).

Anders als die traditionelle Soziolinguistik versucht die CDA, den Zusammenhang zwischen Diskurs, Text und Gesellschaft theoretisch zu erfassen (*mediation*; vgl. Weiss/Wodak 2007; Wodak 2006b) und nicht nur als quantitative Korrelation zwischen als distinkt definierten soziologischen Variablen zu begreifen. Die Analyse ist also theoriegeleitet: Im vorliegenden Fall positioniert sich die Analyse im Kontext einer Theorie zu Globalisierungs- und Wettbewerbsrhetorik, im Zusammenhang mit neoliberalen Wirtschaftskonzepten. Die CDA ist weiters praxisorientiert und trachtet nach der Anwendung ihrer Ergebnisse, z.B. in Aus- und Weiterbildungsseminaren.⁴ Die CDA arbeitet multimethodisch, ausgehend von genauen problemorientierten Fragestellungen, angepasst an *Genres* und an die zugänglichen Daten und Quellen. *Genre* definiert Bahktin wie folgt:

„Each separate utterance is individual, of course, but each sphere in which language is used develops its own *relatively stable types* of these utterances. These we may call *speech genres*.“ (Bahktin 1986, zitiert in Corbett 2006: 27; Herv. i. Orig.)

Im Rahmen der vorliegenden Analyse interessieren u.a. Genres wie Policy-Dokumente, Gesetzestexte und Bescheide. John Swales (1990) führt das Konzept der *Discourse Community* als konstitutiv für die Genreverwendung und Genreproduktion ein. „Discourse Communities“ werden durch gemeinsame Interessen, gemeinsame Ziele und dementsprechend oft eigene Jargons, Soziolekte wie spezifische Lexis und Argumentationsmuster definiert (vgl. Corbett 2006: 29).⁵

Diskurs wird als „soziale Praxis“ definiert (vgl. Foucault 1984). Außerdem wird zwischen Diskurs und Text unterschieden; dies hat Jay Lemke in seinem Buch „*Textual politics*“ (1995: 7ff) treffend begründet:

„When I speak about *discourse* in general, I will usually mean the social activity of making meanings with language and other symbolic systems in some particular kind of situation or setting. [...] On each occasion when the particular meaning characteristic of these discourses is being made, a specific text is produced. Discourses, as social actions more or less governed by social habits, produce texts that will in some ways be alike in their meanings. [...] When we want to focus on the specifics of an event or occasion, we speak of the text; when we want to look at patterns, commonality, relationships that embrace different texts and occasions, we can speak of discourses.“ (Herv. i. Orig.)

4 Z.B. im Seminar „Sprache und Macht“ des Universitätslehrgangs „Politische Bildung“ der Donau-Universität Krems, <http://www.donau-uni.ac.at/de/studium/politischebildung/index.php>.

5 Siehe auch „communities of practice“ (Wenger 1999).

Der DHA wurde in mehreren Projekten seit über 20 Jahren entwickelt.⁶ In Anlehnung an neueste Arbeiten der Politolinguistik (für einen Überblick: Reisigl/Wodak 2001, 2009) gehen wir zunächst davon aus, dass Diskurs „soziale Praxis“ meint, also dass Reden und Sprechen wie auch Schreiben immer Handlungen implizieren bzw. sowohl Einstellungen produzieren und auch reproduzieren (vgl. Wittgenstein 1967). Über eine detaillierte, qualitative Analyse des Diskurses und der Texte erhalten wir also auch Informationen über die immanenten Ideologien und Einstellungen, wobei das sozio-kognitive Modell von Teun van Dijk (2007) einen wichtigen Ausgangspunkt darstellt.

Michael Billig (1989) verwendet ein Konzept, das theoretisch für die Analyse juristischer und politischer Texte sehr relevant ist: Er weist nach, dass „*ideologische Dilemmata*“ in jeder Äußerung wie auch in jedem Text manifest und wirksam werden; d.h., dass Texte des Alltags oft widersprüchlich und inhomogen aufgebaut sind, was eine Ambivalenz der TextproduzentInnen spiegelt. Geplante Texte hingegen weisen meist solche „ideologischen Dilemmata“ nicht auf, da eine überlegte und genaue Textproduktion solche Widersprüche ausschließt (außer PolitikerInnen streben bewusst Doppelbotschaften an, beispielsweise durch die Anwendung der Strategie der *kalkulierten Ambivalenz*; vgl. Wodak/Reisigl 2002). Treten dennoch Brüche auf, lässt das auf unbewusste Prozesse schließen, wo Präsuppositionen und stillschweigende Vorannahmen zum Vorschein kommen. Texte müssen daher auf solche logischen und inhaltlichen Brüche hin überprüft werden, die Indikatoren für ideologisch geprägte Einstellungen abgeben (vgl. Pollak/Wodak 2001a).

Diskurse sind sowohl thematisch (durch Bezug auf ein Makrothema, multiperspektivisch; d.h. dialogisch-argumentativ) wie auch von der Textsorte, dem Genre, stark bestimmt und werden in einzelnen Texten realisiert. Jeder Text bezieht sich immer auf andere Texte, diachron und synchron gesehen (s.o.). Analytisch wird in der DHA zwischen drei ineinander verwobenen Analysedimensionen unterschieden: 1) Inhalten, 2) Argumentationsstrategien und *Topoi*, 3) sprachlichen Realisierungsmitteln bzw. Realisierungsformen.

Es würde hier zu weit führen, alle linguistischen Kategorien im Einzelnen (inklusive der Grammatiktheorien, die solchen Kategorien zugrunde liegen) zu präsentieren. Auch hier muss ich auf Reisigl und Wodak (2001, 2009) verweisen.⁷ Um Einstellungen und Ideologien, Identität und Fragmentierung, Brüche und Widersprüche zu untersuchen, beziehen wir uns u.a. auf folgende Fragestellungen:

- Wie werden Sachverhalte und soziale Akteure benannt bzw. wie wird auf Sachverhalte und soziale Akteure Bezug genommen?
- Welche Eigenschaften und Charakteristika werden den betreffenden Sachverhalten und Akteuren zugeschrieben?

6 In der Studie zum Nachkriegsantisemitismus (Wodak et al. 1990), in der Untersuchung der Berichterstattung über Kärntner SlowenInnen (Menz/Lalouschek/Dressler 1989), in der Analyse der öffentlichen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit im Rahmen des Gedenkjahres 1988 (Wodak et al. 1994), in der Studie zur politischen und sprachlichen Exklusion und Diskriminierung rumänischer Flüchtlinge nach der „Wende“ im Jahr 1989 (Matouschek/Wodak/Januschek 1995), in der Untersuchung zur diskursiven Konstruktion nationaler Identitäten (Wodak et al. 1998, 1999 [2009]) und schließlich in dem theoretischen Überblick über Diskurs und Diskriminierung (Reisigl/Wodak 2001).

7 Wir beziehen uns auf die Funktionale Systemische Linguistik von Michael Halliday (1994), auf die Actors Analysis von Theo van Leeuwen (1996) und auf Elemente der klassischen Rhetorik und Argumentationstheorie wie von Kienpointner (1992); zum Strategiebegriff vgl. Wodak et al. (1999).

- Welche Argumente bzw. Argumentationsschemata werden herangezogen, um die Charakterisierung von spezifischen Personen oder Gruppen von Personen bzw. bestimmte Handlungen jener Personen zu rechtfertigen und zu legitimieren? Welche Präsuppositionen liegen diesen Annahmen zugrunde, welche Implikaturen werden sichtbar?
- Von welchem Standpunkt aus werden diese Benennungen, Zuweisungen und Argumentationen ausgedrückt (Perspektivierung)?
- Werden die betreffenden Behauptungen, Aussagen, Urteile, Meinungen und Vorurteile explizit geäußert, werden sie vielleicht sogar noch verstärkt oder abgeschwächt?

Diesen Fragestellungen entsprechen fünf Gruppen von diskursiven Strategien: 1) referentielle Strategien, 2) prädikative Strategien, 3) argumentative Strategien, 4) Strategien der Diskursrepräsentation und der Perspektivierung und 5) Verstärkungs- und Abschwächungsstrategien, von denen die ersten drei im Folgenden näher beschrieben werden.⁸

- *Referentielle Strategien* stellen Strategien zur linguistischen Konstruktion, Identifikation und Repräsentation von Sachverhalten und sozialen Akteuren dar, letztere z.B. in Form von Wir-Gruppen und Sie-Gruppen. Diese Strategien werden in erster Linie über Nominalisierungen linguistisch realisiert, allerdings sind gerade im Deutschen auch andere Realisierungsformen (Adjektive, Präpositionalphrasen etc.) von Bedeutung.
- *Strategien der Prädikation* sind Strategien, mittels derer den zuvor identifizierten Sachverhalten oder sozialen Akteuren – seien es Individuen oder Gruppen – positive oder negative Eigenschaften in Form von impliziten oder expliziten und mehr oder weniger wertenden Prädikaten zugewiesen werden. Prädikative Strategien können in verschiedener Form linguistisch realisiert werden. Dazu zählen u.a. spezifische Formen der Referenz und der damit einhergehenden Konnotation bzw. Denotation; Attribute, d.h. Adjektive, Appositionen, Präpositionalphrasen, Relativsätze u.a.; Prädikate; explizite Vergleiche und Gleichsetzungen, Metaphern, rhetorische Figuren wie Metonymien, Euphemismen etc.; Präsuppositionen.
- *Argumentative Strategien/Topoi* dienen u.a. dazu, die jeweilige Charakterisierung von spezifischen Personen bzw. Gruppen zu rechtfertigen und zu legitimieren. Als *Topoi* bezeichnen wir inhaltsbezogene Schlussfolgerungsregeln, die ein oder mehrere Argumente mit der Schlussfolgerung verknüpfen (obligatorische explizite oder erschließbare Prämissen im Rahmen der Argumentation).

Insgesamt gehe ich davon aus, dass politisches Handeln v.a. kommunikativ ist und sich nicht nur in Reden von PolitikerInnen erschöpft (Chilton 2005; Chilton/Schaeffner 2002; Wodak 2008b). Aufgrund unterschiedlicher institutioneller Bedingungen und unterschiedlicher RezipientInnen werden je spezifische Genres, Texttypen und Argumentationen zur Umsetzung bestimmter politischer Interessen verwendet. Politischer Diskurs im weitesten Sinn besitzt sozusagen feldimmanent persuasiven Charakter, der mehr oder weniger explizit oder implizit manifest wird. Deshalb greifen auch heutzutage viele Genres des politischen Alltags auf die Figuren und Stilmittel der klassischen Rhetorik zurück. Das Genre (die

⁸ Diskursrepräsentation spielt bei Policy Dokumenten eine untergeordnete Rolle, da der Textproduzent (die Kommission oder die jeweiligen Ministerien) eindeutig definiert sind. Verstärkungs- und Abschwächungsstrategien kommen v.a. in persuasiver und auch vorurteilsbehafteter Kommunikation vor und sind in den vorliegenden schriftlichen Genres weniger wichtig.

Textsorte), also schriftlicher oder mündlicher Text, Rede oder Bescheid, impliziert notwendigerweise jeweils bestimmte argumentative wie auch sprachliche Verfahren.

3. Knowledge Based Economy

„Every economy is a knowledge economy but not every economy has been called a knowledge economy, or finds itself so labelled by its most prominent spokespersons as one of its most significant contemporary self-descriptions [...]. Related theoretical paradigms seek to establish the novelty of the KBE by identifying its distinguishing features in terms of some combination of the reflexive application of knowledge to the production of knowledge, the key role of innovation, learning, and knowledge transfer in economic performance, and the increasing importance of the intellectual commons and/or intellectual property rights in contemporary competition. In turn the hegemonic policy paradigm is especially concerned to establish the reality of the KBE through the compilation and repetition of statistical indicators, through the development of benchmarks and league tables, and through the elaboration of an interwoven set of useful concepts, slogans, and buzzwords. These can then be applied to generate a relatively simple set of policy prescriptions and legitimations to be applied to many sectors, many scales, and many countries.“ (Jessop 2008: 13)

Mit dieser Beschreibung trifft der britische Soziologe und politische Ökonom „ins Schwarze“: Wesentliche gesellschaftliche Bereiche haben die Werte, Wertungen und damit auch den Wortschatz der KBE übernommen. Das wichtigste Dokument mit dem Titel *The Knowledge-Based Economy* wurde 1996 von der OECD publiziert. 1997 folgten die Richtlinien für den Wettbewerb (*Competitiveness*) in der Form von *National Innovation Systems* (NIS). Auch innerhalb der EU führte dies zur Einrichtung der *Competitiveness Advisory Group* (CAG), die Richtlinien und Policies gegen Arbeitslosigkeit auf der Grundlage der KBE ausarbeiten sollte (Wodak 2000a, b; s.u.). *Knowledge Management* wurde zur Schlüsseldisziplin, entsprechende Ministerien wurden errichtet, und Nationalstaaten begannen, ihre NIS zu entwerfen. Diese Terminologie wurde alsbald entsprechend standardisiert (vgl. *American National Standards Institute* und *Global Knowledge Economics Council* 2001). *Competitiveness Indexes* wurden berechnet und ausgegeben, z.B. der *Global Competitiveness Report* (des World Economic Forum) seit 1979 und das *World Competitiveness Yearbook* (hrsg. vom *Institute for Management Development* in Genf) seit 1989.

Heutzutage begegnen wir daher einer globalen Industrie, die Wettbewerbskriterien vorgibt, Rankings berechnet und für die *Global Players* entscheidende Richtwerte produziert (vgl. Jessop 2008). Die OECD publiziert jährliche Berichte, für die neue Konzepte und Begriffe entworfen wurden (vgl. Godin 2006: 19, 24). Godin (2004: 684) weist v.a. auf die vielen Graphiken und Statistiken hin, die ein Eigenleben gewonnen haben und gewinnen, obwohl natürlich solche Indikatoren der Qualität und Dynamik von Wissen und Innovation niemals gerecht werden können. Sehr überzeugend zeigt Jessop (2008), dass sich die KBE als politische und ökonomische Strategie gerade auch durch den von ihr produzierten Diskurs ständig neu herstellt und damit zur überragenden ökonomischen und gesellschaftlichen Ideologie geworden ist. Dieser neue Diskurs drang und dringt entsprechend auch in die Bildungsinstitutionen ein: Neue Konzepte wie „lebenslanges Lernen“, „Flexibilisierung“, „Benchmarks“, „Human Resources“ usw. haben sich durchgesetzt.

Diese neue Entwicklung weist, wie Jessop (2008) weiter ausführt, folgende fünf Charakteristika und Tendenzen europaweit auf: 1) Die nationalen Wirtschaften werden gestärkt durch eine enge Verbindung zwischen Beschäftigung, Schule, Handel, und Produktivität. 2) Die Ausbildung wird immer mehr in Richtung von Berufsbildern und Berufskompetenzen ausgerichtet. 3) Die Curricula werden immer mehr kontrolliert, standardisiert und eva-

luiert. 4) Das staatliche Bildungsbudget wird gesenkt zugunsten privatisierter Bildungsinstitutionen. 5) Marktinteressen und Wirtschaftsinteressen wirken immer mehr auf die Bildungsinstitutionen ein. D.h., dass Bildung immer mehr zur Drehscheibe von Wirtschafts- und politischen Interessen wird, was eigentlich im Gegensatz zur *Bologna-Deklaration* steht, wie gleich zu zeigen sein wird. So meint auch Etzkowitz, der als erster die *Metapher des Triplehelix* ins Spiel gebracht hat, die abbildet, wie Bildung im Sinne einer Spirale sowohl von Politik wie Wirtschaft unter Druck kommt:

„Virtually every country that has a university, whether it was founded for reasons of education or prestige, is now attempting to organise knowledge-based economic development. [...] As the university becomes more dependent upon industry and government, so have industry and government become more dependent upon the university. In the course of the ‚second academic revolution‘ a new social contract is being drawn up between the university and the wider society, in which public funding for the university is made contingent upon a more direct contribution to the economy.“ (Etzkowitz 1994: 149, 151)

Damit kommt das alte Humboldtsche Hochschulsystem völlig unter Druck (vgl. Ash 2008); Universitäten mutieren letztlich zu Wirtschaftsunternehmen; Wettbewerb, Evaluation und Rankings sind wichtiger als Forschung, Kreativität und Innovation.

4. Globalisierungs- und Wettbewerbsrhetorik: zum Gesamtkontext neuer Hochschulpolitik

Dem DHA folgend, gehe ich zunächst vom strukturellen gesellschaftlichen Kontext aus. Daher einige Stichworte zur Entwicklung der Beschäftigungspolitik in der EU, die in diesem Zusammenhang relevant wird: Im allgemeinen haben unsere Forschungen (Muntigl et al. 2000; Wodak/Weiss 2007) gezeigt, dass auf der supranationalen Ebene der EU (weit mehr noch als in den Nationalstaaten) die normative Trennung von Administration und Politik im Sinne von Max Weber nicht mehr gegeben ist. Webers Modell setzt bekanntlich die Differenzierung und das relative Gleichgewicht von legislativer und exekutiver Macht voraus. Das supranationale System der EU unterscheidet sich davon vor allem durch das konstitutionelle Übergewicht der Europäischen Kommission im sogenannten *Policy-Making-Prozess*. Die Kommission fungiert nicht nur als „Wächterin der Verträge“, sondern hat auch alleiniges Initiativrecht im EU-Gesetzgebungsprozess. Nicht nur in einem formalen, sondern auch in einem materialen Sinne ist die Kommission noch immer die Initiatorin und treibende Kraft in der politischen Entscheidungsfindung.

Indem nun aber die Kommission nicht nur die politisch-*administrative* Funktion des EU-Organisationssystems übernimmt, sondern auch einen wesentlichen Teil der politisch-*strategischen* Funktion, kommt es zu einer Entdifferenzierung von Politik und Administration, von Legislative und Exekutive. Dies lässt sich in zwei interdependenten Tendenzen fassen: 1) die Bürokratisierung der politischen Entscheidungsfindung und 2) die Politisierung der Verwaltung/Administration (Weiss/Wodak 2001, Wodak 2009). Die polit-strategische Macht von Policy-Entrepreneurs im EU-System geht einher mit der Entstehung dessen, was „*Committee Regime*“ genannt werden kann. Damit ist jenes Regime der unzähligen spezialisierten Experten- und Beratungsgruppen gemeint, die in ihren jeweiligen Politikbereichen Programme, Konzepte, Strategien entwickeln und das so – gleichsam subkutan – immer mehr Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung der EU gewinnt.

In einem solchen Committee, in der *Competitiveness Advisory Group* (CAG), hatte ich die Möglichkeit, sämtliche Entwürfe, Protokolle und Papiere wie auch Faxe und Statements der Mitglieder untersuchen zu können, die letztlich in ein bestimmtes Policy Paper gemündet sind. Ebenso war es möglich, alle Sitzungen der CAG auf Band aufzunehmen, in denen das Paper diskutiert wurde. Damit war die Analyse der kompletten Textgenese möglich – und insbesondere die Rekonstruktion der Entscheidungsschritte wie auch der *Rekontextualisierung der Globalisierungs- und Wettbewerbsrhetorik* beobachtbar. *Mit Globalisierungsrhetorik ist die diskursive Konstruktion eines Tatbestandes namens Globalisierung gemeint, der im unmittelbaren argumentativen Zusammenhang mit anderen konstruktiven Elementen des EU-Beschäftigungsdiskurses steht: Wettbewerbsfähigkeit, Standort und Flexibilisierung.*

Man kann den Kern der Globalisierungsrhetorik zusammenfassend so beschreiben: Ausgehend von einem bestimmten Segment der Wirtschaft, den Finanzmärkten, wird eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung konstatiert. Diese an sich kontingente wirtschaftliche Entwicklung wird diskursiv essentialisiert, d.h. zur schicksalhaften Notwendigkeit erklärt, und dann, in einem weiteren Schritt, zur Tugend stilisiert. Das bezeichnen wir auch als den Dreischritt: Kontingenz – Notwendigkeit – Tugend (Weiss/Wodak 2001).

Die zentrale Funktion der Globalisierungsrhetorik und der mit ihr verbundenen *Wettbewerbsrhetorik* ist, im Sinne Foucaults, die *Disziplinierung des Alltags* (und damit auch der Bildungsinstitutionen) durch *ökonomische Argumente*. Diese Disziplinierung betrifft nicht nur eine Klasse, sie ist umfassend. Ihr Ziel ist letztlich das, was Richard Sennett (1998) den *flexiblen Menschen* nennt. Diese Disziplinierung arbeitet u.a. wesentlich mit Angst, wobei Arbeitslosigkeit eine große Rolle spielt. Die Unsicherheit und Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, dringen überall ein; Angst untergräbt die Selbstachtung und belastet soziale Beziehungen bis in private Bereiche hinein: „Persönliche Ängste sind tief mit dem neuen Kapitalismus verknüpft“ (Sennett 1998: 128). Der flexible Mensch, so scheint es zumindest, ist bisher jedenfalls kein selbstbewusster Mensch.

Die Argumentationsschritte in den von uns untersuchten Texten fußen v.a. auf den folgenden wichtigen Argumenten (zur Detailanalyse vgl. Wodak 2000a, b): 1) Globalisierung wird als naturhaftes Phänomen unhinterfragt angenommen. 2) Globalisierung wird als positiv beschrieben. 3) Ein neuer europäischer Weg soll Europa eine führende Rolle im weltweiten Wettbewerb sichern. 4) Wandel und Änderungen sind daher unvermeidbar, quasi naturhaft vorgegeben. 5) Sonst würde Europa in diesem Wettbewerb versagen. 6) Wettbewerb ist das Instrument zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit schlechthin.

Im Weiteren sollen knappe und zusammengefasste Textanalysen die ursprüngliche Globalisierungs- und Wettbewerbsrhetorik anhand von Beispielen aus dem Policy Paper der CAG vorführen, wobei ich mich der schon erwähnten systemischen Theorie von Halliday bediene, um die semantischen Bedeutungsveränderungen – die Rekontextualisierungen – zu beschreiben und zu erklären (für die vollständigen Textanalysen vgl. Wodak 2000a, b). Zunächst eine Definition von Globalisierung und des Einflusses von Globalisierungen im o.g. Policy Paper der CAG:

Version 14.10.1997

- a. But it (globalization) is also a demanding one, and often a painful one.
- b. Economic progress has always been accompanied with destruction of obsolete activities and creation of new ones.

- c. The pace has become swifter and the game has taken on planetary dimensions.
- d. It imposes on all countries – including European countries, where industrial civilization was born – deep and rapid adjustments.
- e. The breadth and urgency of the needed adaptations are indistinctly perceived by public opinion, which explains widespread sense of unease.
- f. The duty which falls on governments, trade-unions and employers is to work together
- g. - to describe the stakes and refute a number of mistaken ideas
- h. - to stress that our countries have the means to sustain high ambitions; and
- i. - to implement, without delay and with consistency, the necessary reforms.

Version 28.10.1997

- j. But it is also a demanding process, and often a painful one.
- k. Economic progress has always been accompanied by destruction of obsolete activities and creation of new ones.
- l. The pace has become swifter and the game has taken on planetary dimensions.
- m. It imposes deep and rapid adjustments on all countries – including European countries, where industrial civilization was born.
- n. Social cohesion is threatened.
- o. There is a risk of a disjunct between the hopes and aspirations of people and the demands of a global economy.
- p. And yet social cohesion is not only a worthwhile political and social goal; it is also a source of efficiency and adaptability in a knowledge-based economy that increasingly depends on human quality and the ability to work as a team.
- q. It has been difficult for people to grasp the breadth and urgency of necessary adaptations.
- r. This explains a widespread sense of unease. inequality and polarization.
- s. It is more than ever the duty of governments, trade-unions and employers to work together
- t. to describe the stakes and refute a number of mistakes;
- u. to stress that our countries should have high ambitions and that they can be realised; and
- v. to implement the necessary reforms consistently and without delay.
- w. Failure to move quickly and decisively will result in loss of resources, both human and capital, which will leave for more promising parts of the world if Europe provides less attractive opportunities.

Die abgebildeten Texte sind die ersten zwei Fassungen des Policy Papers. Dazwischen fand am 17.10.1997 eine Sitzung statt, in der es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen GewerkschaftsvertreterInnen auf der einen Seite und ArbeitgeberInnen und PolitikerInnen auf der anderen Seite kam. Das bewirkte, dass die zweite Fassung abgeschwächt und gekürzt wurde. Die Argumentationskette der ersten Fassung wird letztlich in einen einzigen Satz verwandelt, der nun statt der Natur-Metaphorik abgeschwächt Euphemismen enthält. Besonders die Wendung „*the so-called globalization*“ sticht hervor, die nun voraussetzt, dass gar nicht mehr eindeutig ist, was damit gemeint ist, und sich damit vom Dogmatismus der ersten Fassung weit entfernt. Aufgrund des Konflikts mit der Gewerkschaft wird in der überarbeiteten Version *Globalization* nicht nur als *demanding*, also als fordernd, hin-

gestellt, sondern auch als *painful*, als etwas Schmerzhaftes. Im vierten Satz sind Umstellungen in der Wortfolge zu sehen, die das sogenannte *Rhema*, die neue Information, betreffen. Die Betonung liegt in der zweiten Version auf „*European countries*“, nicht mehr auf *adjustments*, also auf Anpassungen. Dies lässt zumindest zwei Lesarten zu, wobei man nur aufgrund des Gesamtkontextes zwischen den zwei Interpretationen entscheiden kann. Erstens kann es sich natürlich um eine rein stilistische Veränderung handeln, um eine Tendenz zur Verständlichkeit und zur Effizienz; und Effizienz charakterisiert das gesamte Dokument, sowohl inhaltlich als auch formal: Es handelt sich um *Business Speak*. Zweitens könnte es sich aber auch darum handeln, Europa mit seiner Tradition in den Mittelpunkt zu stellen und derart die neue Identität zu fokussieren. Der fünfte Satz existiert im ersten Dokument gar nicht; hier wird im zweiten die „Stimme der Gewerkschaft“ laut; dies ist also ein Zugeständnis an diese. „*Social Cohesion*“ wird hineinreklamiert, und es wird explizit festgestellt, dass der soziale Wohlfahrtsstaat gefährdet ist. In den nächsten zwei Sätzen wird diese Gefahr noch ausgeführt und begründet. Das Argument der Gewerkschaft geht strategisch dahin, soziale Wohlfahrt durchaus auch als effizient zu definieren, nicht nur als Belastung; Investitionen in „*Human Capital*“ erweisen sich – deren Meinung nach – als wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit. Auch die Zusammenfassung entspricht in keiner Weise mehr dem vorangegangenen Dokument und spiegelt den Einfluss der GewerkschaftsvertreterInnen wider.

Anschließend an die vorigen Abschnitte sei in dieser kurzen und notwendigerweise zusammengefassten Analyse noch auf zwei weitere Elemente hingewiesen, die das Dokument charakterisieren: die *Spannung* zwischen den *Hoffnungen von Menschen* und den *Konsequenzen der Globalisierung*; und zweitens die *KBE*, die das *Markenzeichen Europas* werden soll. Globalisierung wird also für bestimmte politische Vorstellungen einer neuen europäischen Beschäftigungspolitik instrumentalisiert. Spannungen bestehen zwischen der EU, den Nationalstaaten und Interessensgruppen. Die oben erwähnte Argumentationskette bleibt damit bestimmend. Globalisierungsrhetorik dient also letztlich dazu, Flexibilisierung in das Zentrum der Beschäftigungspolitik zu stellen und soziale Komponenten in den Hintergrund zu rücken. Die Globalisierungsrhetorik konstruiert so *einen* globalen Markt, wo alle mit allen *in Wettbewerb* stehen. *Dieses Konzept wird in einen neuen Kontext gestellt, in dem grundsätzlich nicht ökonomische Akteure wie Regierungen und Staaten den Prinzipien eines universalen Ökonomismus unterworfen werden.* Politische Akteure werden dann auf ökonomische Akteure reduziert, und Staaten (und damit auch staatliche Universitäten) zu großen Firmen umdefiniert. Die Politik wird quasi zur Ersatzökonomie und die Ökonomie zur Ersatzpolitik. Der kritische amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Paul Krugman fasst dies wie folgt zusammen:

„[...] the rhetoric of competitiveness – the view that, in the words of President Clinton, each nation is ‚like a big corporation competing in the global marketplace‘ – has become pervasive among opinion leaders throughout the world. [...] A whole industry of councils on competitiveness, ‚geo-economists‘ and managed trade theorists has sprung up in Washington.“ (Krugman 1998: 4)

5. Der Mythos des Bologna-Prozesses

Aufgrund genauer Untersuchungen des Thatcherischen Neoliberalismus und seiner Auswirkungen auf das britische Hochschulsystem hat der Diskursanalytiker Norman Fairclough schon 1992 in seinem Buch „*Discourse and social change*“ festgestellt, dass es signifikante Tendenzen zu „*marketization*“ und „*technologisation*“ gebe. In seinem nächsten Buch „*New labour – New language*“ konnte Fairclough (2000) die Fortsetzung des Thatcherismus in der Politik von *New Labour* festmachen – in einem neuen *managerial speak*, von vielen abfällig als ‚*spin*‘ anstelle von Politik bezeichnet. In der Folge konnte u.a. die Anglistin Gerlinde Mautner (2005) anhand eines umfassenden Corpus von Mission Statements amerikanischer und britischer Universitäten den ersten Eindruck Faircloughs klar bestätigen. Auch Universitäten vermarkten sich neuerdings und weisen – wie große Firmen – ihre Ziele und *Mission Statements* explizit und persuasiv im Internet aus. Die Universitäten kämpfen um ihren Platz im *Ranking*, setzen sich entsprechend ihre *Benchmarks und Targets* und nehmen am oben erwähnten globalen Wettbewerb um Prestige, Geld und Studierendenzahlen teil. Verbesserungen des *Student Recruitment*, eine Anleihe aus der Militärmetaphorik, sind zum obersten Ziel geworden, denn Studierende bringen Geld (und Prestige).

Wir sind also europaweit mit großen Veränderungen im Bildungswesen konfrontiert, die ihre Wurzeln in der Entstehung der KBE und der Globalisierungs- und Wettbewerbsrhetorik haben, im Zusammenhang mit dem „Kampf gegen Arbeitslosigkeit“ bzw. mit der Rekontextualisierung der oben angeführten Argumente in andere soziale Felder.

5.1. Diskursstränge in der Bologna-Deklaration

Zur Erinnerung seien einige wichtige Ausschnitte aus der *Bologna-Deklaration* der EU vom 19. Juni 1999 abgedruckt:

„Inzwischen gibt es in weiten Teilen der politischen und akademischen Welt sowie in der öffentlichen Meinung ein wachsendes Bewußtsein für die Notwendigkeit der Errichtung eines *vollständigeren und umfassenderen Europas*, wobei wir insbesondere auf seinen *geistigen, kulturellen, sozialen und wissenschaftlich-technologischen Dimensionen* aufbauen und diese stärken sollten. [...]

Inzwischen ist ein *Europa des Wissens* weitgehend anerkannt als unerläßliche Voraussetzung für *gesellschaftliche und menschliche Entwicklung* sowie als unverzichtbare Komponente der Festigung und Bereicherung der europäischen Bürgerschaft; dieses *Europa des Wissens* kann seinen Bürgern die notwendigen Kompetenzen für die *Herausforderungen des neuen Jahrtausends* ebenso vermitteln wie ein Bewußtsein für *gemeinsame Werte und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen sozialen und kulturellen Raum*.

Die Bedeutung von *Bildung und Bildungszusammenarbeit* für die Entwicklung und Stärkung *stabiler, friedlicher und demokratischer Gesellschaften* ist allgemein als wichtigstes Ziel anerkannt, besonders auch im Hinblick auf die Situation in Südosteuropa.

Die Sorbonne-Erklärung vom 25. Mai 1998, die sich auf diese Erwägungen stützte, betonte die *Schlüsselrolle der Hochschulen* für die Entwicklung europäischer kultureller Dimensionen. Die Erklärung betonte die *Schaffung des europäischen Hochschulraumes als Schlüssel zur Förderung der Mobilität und arbeitsmarktbezogenen Qualifizierung* seiner Bürger und der Entwicklung des europäischen Kontinents insgesamt.

Die europäischen Hochschulen haben ihrerseits die *Herausforderungen* angenommen und eine wichtige Rolle beim Aufbau des europäischen Hochschulraumes übernommen, auch auf der Grundlage der in der Magna Charta Universitatum von Bologna aus dem Jahre 1988 niedergelegten Grundsätze. Dies ist von größter Bedeutung, weil *Unabhängigkeit und Autonomie der Universitäten* gewährleisten, dass sich die Hochschul- und Forschungssysteme den sich *wandelnden Erfordernissen, den gesellschaftlichen Anforderungen und den Fortschritten in der Wissenschaft* laufend anpassen. [...]

Insbesondere müssen wir uns mit dem Ziel der Verbesserung der *internationalen Wettbewerbsfähigkeit* des europäischen Hochschulsystems befassen. Die *Vitalität und Effizienz* jeder Zivilisation läßt sich an der Attraktivität messen, die ihre Kultur für andere Länder besitzt. Wir müssen sicherstellen, daß die europäischen Hochschulen weltweit ebenso attraktiv werden wie unsere außergewöhnlichen kulturellen und wissenschaftlichen Traditionen. [...]

Wir bekräftigen unsere Unterstützung [...] die folgenden Ziele, die wir für die Errichtung des europäischen Hochschulraumes und für die Förderung der europäischen Hochschulen weltweit für vorrangig halten, zu erreichen:

- [...] Einführung eines Leistungspunktesystems [...] als geeignetes Mittel der *Förderung größtmöglicher Mobilität der Studierenden*. Punkte sollten auch außerhalb der Hochschulen, beispielsweise durch lebenslanges Lernen, erworben werden können, vorausgesetzt, sie werden durch die jeweiligen aufnehmenden Hochschulen anerkannt.

Förderung der Mobilität durch Überwindung der Hindernisse, die der Freizügigkeit in der Praxis im Wege stehen. [...]

- Förderung der europäischen Zusammenarbeit bei der *Qualitätssicherung* im Hinblick auf die Erarbeitung vergleichbarer Kriterien und Methoden. [...]

Wir verpflichten uns hiermit, diese Ziele – im Rahmen unserer institutionellen Kompetenzen und unter *uneingeschränkter Achtung der Vielfalt der Kulturen, der Sprachen, der nationalen Bildungssysteme und der Autonomie der Universitäten* – umzusetzen, um den europäischen Hochschulraum zu festigen.“ (Hervorhebungen R.W.)⁹

Ohne diesen Text hier vollständig analysieren zu können (vgl. dazu Fairclough/Wodak 2008), ist es wichtig, auf zwei Makrotendenzen innerhalb dieses für die Entwicklung der Universitäten zentralen Dokuments hinzuweisen: 1) die *Wettbewerbsrhetorik* und 2) die sich daraus ergebenden *Disziplinierungs- und Regulationsinstrumente*.

Die *Bologna-Deklaration* essentialisiert das *Europa des Wissens*, das nun vielen *Herausforderungen (challenges)* gewachsen sein muss, ein Begriff, der ebenfalls aus dem ökonomischen Diskurs übernommen wird. Die Herausforderungen werden dann entweder im typischen rhetorischen Dreischritt oder als Listen angeführt, wobei *Listen* argumentativ eine *äquivalente Relation* zwischen Phänomenen, die möglicherweise ganz unterschiedlich sind, konstruieren – dies wäre dann als Trugschluss (also *fallacy*) einzustufen. Die Konstruktion von Kausalrelationen und Äquivalenzrelationen durch Parallelismen ist ein typisches Charakteristikum von Policy-Dokumenten. Solche Listen eignen sich auch als Legitimation, da durch die sequentielle Abfolge von Vorgaben (*Implikatur*) scheinbar Zusammenhänge konstruiert werden. So tauchen „*geistige, kulturelle, soziale und wissenschaftlich-technologische Dimensionen*“ auf, die alle als scheinbar gleichwertig und zusammengehörig angeführt werden. Das *Europa des Wissens* ist eine *gesellschaftliche und menschliche Entwicklung*, d.h. quasi naturhaft den *Herausforderungen des neuen Jahrtausends* gewachsen. Das Bewusstsein für *gemeinsame Werte und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen sozialen und kulturellen Raum* hängen also mit den ökonomischen Konzepten inhärent zusammen (damit werden die europäischen Werte neu definiert, durch sog. *referentielle Strategien*; vgl. Reisigl/Wodak 2001).

Die konkreten Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität des europäischen Hochschulraumes werden nun besonders durch deontische Logik eingeführt, mit Betonung der Wettbewerbsfähigkeit, wobei wiederum ökonomische und kulturelle Faktoren gleichgesetzt

9 http://www.bmbf.de/pub/bologna_deu.pdf#search=%22Bologna%20Deklaration%22; heruntergeladen am 21.8.2006.

werden. Außerdem ist der – einmal mehr aus dem ökonomischen Wortschatz entlehnte – Begriff „Effizienz“ in diesem Zusammenhang auffallend, denn Kulturen sind zwar manchmal „vital“, aber selten „effizient“ (*Topos der Definition*).

Im Weiteren wurden viele einzelne Maßnahmen aufgelistet, die regulative und standardisierende Funktionen besitzen: in Bezug auf Curricula, Bewertungen, Gleichsetzung und Gleichwertigkeit von Ausbildungen und Lehrveranstaltungen, Qualifikationsgraden usw. Insgesamt kann man den *Regulationsdiskurs* der *Bologna-Deklaration* in drei Punkten zusammenfassen: 1) Gemeinsame Ziele und ein Zeitplan werden vorgegeben. 2) Die nationale Implementierung wird verlangt. 3) Regelmäßige Evaluationen werden vorgegeben. Damit werden letztlich – der KBE entsprechend – Forschung und Lehre quantifiziert.

5.2. Rekontextualisierungen im österreichischen Hochschulsystem

Wie wird nun der Bologna-Prozess national umgesetzt? Dazu weisen unsere Forschungen große nationale Unterschiede auf.¹⁰ Ich beschränke mich hier auf Österreich. Dort hat sich durch das UG 2002 vieles verändert. Die Inhalte der Bologna-Deklaration sind quasi als Begründung für viele strukturelle Veränderungen herangezogen worden – zu Recht? Durch das UG 2002 wurde den österreichischen Universitäten Autonomie per Gesetz verordnet. So finden wir gleich zu Beginn des Gesetzes folgendes „*Mission Statement*“, aus dem ich auszugsweise zitiere (Hervorhebungen R.W.):¹¹

„§ 1. Die Universitäten sind berufen, der wissenschaftlichen Forschung und Lehre, [...] und hierdurch auch verantwortlich zur *Lösung der Probleme des Menschen sowie zur gedeihlichen Entwicklung der Gesellschaft und der natürlichen Umwelt* beizutragen. Universitäten sind Bildungseinrichtungen des öffentlichen Rechts, die in Forschung und in forschungsgeleiteter akademischer Lehre auf die Hervorbringung neuer wissenschaftlicher *Erkenntnisse* sowie auf die Erschließung neuer Zugänge zu den Künsten ausgerichtet sind. Im *gemeinsamen* Wirken von Lehrenden und Studierenden wird in einer aufgeklärten Wissensgesellschaft das Streben nach Bildung und Autonomie des Individuums durch Wissenschaft vollzogen. Die *Förderung* des wissenschaftlichen Nachwuchses geht [...] mit dem Ziel einher, zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen in einer sich wandelnden humanen und geschlechtergerechten Gesellschaft beizutragen. Um den sich ständig wandelnden Erfordernissen organisatorisch, studien- und personalrechtlich Rechnung zu tragen, konstituieren sich die Universitäten und ihre Organe in größtmöglicher Autonomie und Selbstverwaltung.

§ 2. Die leitenden Grundsätze für die Universitäten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben sind:

1. *Freiheit der Wissenschaften und ihrer Lehre* (Art. 17 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, RGBL. Nr. 142/1867) [...]
2. Verbindung von Forschung und Lehre [...];
7. nationale und internationale Mobilität der Studierenden, der Absolventinnen und Absolventen sowie des wissenschaftlichen und künstlerischen Universitätspersonals;
8. *Zusammenwirken* der Universitätsangehörigen;
9. *Gleichstellung* von Frauen und Männern;
10. soziale Chancengleichheit;
11. besondere Berücksichtigung der Erfordernisse von behinderten Menschen;
12. *Wirtschaftlichkeit*, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit der Gebarung.“

¹⁰ Vgl. auch Falkner et al. (2005).

¹¹ BGBl. I – Ausgegeben am 9. August 2002 – Nr. 120, S. 1272-1273; <http://www.bmbwk.gv.at; DVR0064301; heruntergeladen am 21.8.2006 http://www.bmbwk.gv.at/medienpool/13514/ugnov06.pdf> und ebendort befindliche weitere Dokumente, wie die jährlichen NAPs; auch auf notwendige Gesamteuropäische Veränderungen wird hingewiesen (s.u.).

Im Großen und Ganzen sind die wesentlichen Bestimmungen von Bologna in diesem Mission Statement wiedergegeben. Der Teufel steckt allerdings im Detail, v.a. in den neu zu etablierenden und teilweise schon etablierten Strukturen. Ohne – aus Platzgründen – auf Einzelheiten eingehen zu können, möchte ich nur auf die Rolle des Universitätsrates (§ 21 (1)), auf die Qualitätssicherung (§ 12), auf Leistungsvereinbarungen (§ 13) und die jährlich an das Ministerium abzugebende „*Wissensbilanz*“ (§ 13 (6)) hinweisen.

Wissensbilanz sticht als neues Schlagwort hervor: Man fragt sich zu Recht, was auf der Soll- und was auf der Habenseite zu stehen kommt bzw. stehen soll? Wie quantifiziert man „Wissen“ für eine solche Bilanz? Antworten darauf werden vom Gesetzgeber nicht gegeben. Autonomie wird zwar garantiert, alle Entscheidungen des Rektorats und der untergeordneten Organe bedürfen jedoch einer Genehmigung des Universitätsrats und darüber hinaus des Ministeriums. Auch „*Zielvereinbarungen*“ sind neuerdings mit den DekanInnen abzuschließen, ganz im Sinne der New-Labour-Rhetorik von „*tasks & targets*“. Wie man allerdings in einem kreativen Umfeld *Produkte* auf Jahre genau voraus planen können soll, bleibt offen.

„(5) Der Universitätsrat hat den vom Rektorat vorgelegten Leistungsbericht und den Rechnungsabschluss innerhalb von vier Wochen zu genehmigen und an die Bundesministerin oder den Bundesminister weiterzuleiten. Erfolgt bis zu diesem Zeitpunkt keine Genehmigung, sind der Leistungsbericht und der Rechnungsabschluss mit einer entsprechenden Stellungnahme dennoch weiterzuleiten.“ (§ 21)

Der Begriff Mitbestimmung kommt im gesamten Gesetz nur ein einziges Mal vor (§ 66 (3), im Kontext der Studieneingangsphase). Das Budget bestimmt ausschließlich der Bund bzw. die Regierung. Akquirierte „Drittmittel“ (Projektmittel und Overheads) obliegen allerdings der Selbstverwaltung der Universität. Der Universitätsrat wird nicht, wie früher, durch die Universitätsversammlung gewählt, sondern setzt sich zusammen aus

- „1. zwei, drei oder vier Mitglieder[n], die vom Senat gewählt werden;
 - 2. zwei, drei oder vier Mitglieder[n], die von der Bundesregierung auf Vorschlag der Bundesministerin oder des Bundesministers bestellt werden;
 - 3. ein[em] weitere[n] Mitglied, das von den unter Z 1 und 2 genannten Mitgliedern einvernehmlich bestellt wird.
- Der Senat und die Bundesregierung haben gleich viele Mitglieder zu bestellen, die Bestellung der Mitglieder gemäß Z 2 hat nach der Wahl der Mitglieder gemäß Z 1 zu erfolgen.“ (§ 21 (6))

Die Autonomie ist bei fast vollständiger finanzieller Abhängigkeit und bei Entscheidungsvollmacht des Universitätsrates und in letzter Instanz des Ministeriums, euphemistisch formuliert, zumindest sehr eingeschränkt. Bislang, so erzählen KollegInnen an der Universität Wien, fehlen häufig Transparenz von und Kommunikation über Entscheidungsabläufe. Es fehlen Freiräume für Diskussion und Auseinandersetzung, sowohl was Forschungs- und Lehrinhalte betrifft wie auch für Administration und Organisation. Die Autonomie der Institute und die Mitbestimmung in vielen Bereichen existieren nicht mehr. Eine fast absolutistische Hierarchie ist eingeführt worden.

Letztlich sind wir also in einem großen Widerspruch verfangen: Autonomie heißt, über die eigenen Geldmittel verfügen zu können. Solange die österreichischen Universitäten diese zumindest in Teilen nicht selbst verdienen, bleiben sie abhängig. Verdienen bedeutet aber, sich den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen. Und damit nimmt die „*Triple-Helix*“ ihren Anfang. D.h., dass in Österreich unter dem Deckmantel der *Bologna-Deklaration*

tion und einer Scheinautonomie die partizipative Struktur abgeschafft und eine rigide und hierarchische Struktur neu eingerichtet wurde. Nur wenn man die Originaldokumente näher betrachtet, wird deutlich, dass einige genuine wichtige Ziele der *Bologna-Deklaration* damit verfehlt (oder verfälscht) wurden.

In anderen europäischen Mitgliedsstaaten verlief die Umsetzung durchaus anders; wurde die *Bologna-Strategie* in Österreich als Erschwernis empfunden, so konnten beispielsweise in Rumänien dadurch erstmals international gleichwertige Forschungs- und Lehrstandards erreicht und die bisher dort vorhandene Korruption und der allgegenwärtige Nepotismus bekämpft werden (vgl. Wodak/Fairclough 2009). Die britischen Strukturen stehen den österreichischen diametral entgegen (vgl. Wodak 2006). Auch in den USA, wo das jeweilige Department und dessen Entscheidungsbefugnisse den strukturellen Kern jeder Universität bilden, sind die Strukturen andere. In diesem Sinne ist die *Bologna-Deklaration* entsprechend dem österreichischen politischen Umfeld rekontextualisiert worden. Einerseits müssen EU-Strategien an historische und nationale Gegebenheiten angepasst sein bzw. werden. Andererseits wandelt das aktuelle politische Interesse je nach Bedarf EU-Policies um (vgl. Falkner et al. 2005). Dabei ist oft eine Doppelstrategie erkennbar: Sind die neuen Gesetze unangenehm, kann man der metonymisch als „Brüssel“ bezeichneten Kommission die Schuld zuschieben. Sind die Veränderungen akzeptabel, kann man sich mit der scheinbar gelungenen Durchsetzung nationaler Interessen schmücken.

6. Perspektiven: Die Triple-Helix-Metapher

Wie schon in der *Bologna-Deklaration* nachzulesen, ist der Einfluss der Wirtschaft überall präsent: in den vorgegebenen Zielen, in den ausgeschriebenen Forschungsschwerpunkten, in der Bevorzugung der technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen, in den gesellschaftlichen Erwartungen, flexibel ausgebildete StudienabgängerInnen vorzufinden, und in der zu erstrebenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität. Grundlagenforschung wird zugunsten angewandter Forschung zurückgestellt. Denken und wissenschaftliche Auseinandersetzung werden aufgrund schnell zu produzierender und verwertbarer Ergebnisse vernachlässigt. Diese Entwicklung ist sehr bedauerlich, denn langfristig gesehen wird so Innovation behindert.

Universitäten sind also in der Zwickmühle zwischen Politik und Wirtschaft. Die *Triple Helix* bildet dies metaphorisch ab. Universitäten, und damit Forschung und Lehre, sind in einer schnellen und unheilvollen *Spirale* eingefangen, stehen von *Wirtschaft und Politik* unter Druck. Und das weltweit. Beide Bereiche formulieren ihre Interessen und sind die größten Sponsoren und Geldgeber; jegliche Freiräume und Autonomie sind damit höchst gefährdet. Denn viele Untersuchungen (wie z.B. die von Roger Hollingsworth 2007 zu den großen Forschungsstätten in den USA, wo die meisten Nobelpreisträger herkommen) haben nachgewiesen, dass Innovation ausschließlich durch stete Diskussion, Interdisziplinarität, Offenheit, Zeit, Neugier, Pluralismus, Mentoring, *Peer Review*, Risikobereitschaft, flache Hierarchie (Teamarbeit) und uneingeschränkte Förderung zustande kommt. Um die Wirtschaftsmetapher weiter zu führen: Denken geschieht nicht am Fließband, Forschung ist kein abzuzählendes Produkt, und Wissen kann man nicht „bilanzieren“. Lehre und wissenschaftliche Auseinandersetzung brauchen Zeit und Diskussion. Universitäten im 21. Jahrhundert sollten zumindest – abgesehen von der Ausbildungsverpflichtung – Innovation und Plura-

lismus sowie Internationalität und Leistung zugleich anstreben. Diese sind jedoch im Triple-Helix-Zeitalter kaum erreichbar.

Auch im europäischen Forschungsraum, der mehr als 4000 Universitäten, 17 Mill. Studierende und ca. 435.000 ForscherInnen umfasst, sind diese Voraussetzungen nicht gegeben. Alle WissenschaftlerInnen warten beispielsweise meist gespannt und gebannt auf die *Calls* der europäischen *Frameworks*. Dann versucht man, die eigenen Forschungsinteressen den dortigen Vorgaben „flexibel“ anzupassen, um in den europäischen Wettbewerb um Geld einsteigen zu können (daher kommt es natürlich vermehrt zur Wettbewerbsrhetorik). Riesige Anträge werden abgegeben, die eigentlich schon die Ergebnisse mit bedenken müssen, da jeder einzelne Forschungsschritt explizit aufgelistet sein muss: in *Milestones*, *Workpackages*, *Tasks* und *Deliverables*, alles Begriffe aus den technischen und ökonomischen Fächern und damit in ihrer Rekontextualisierung für die Sozialwissenschaften ungeeignet. Raum zum Denken, für Kreativität und Spontaneität besteht kaum. Top-down werden Forschungsschwerpunkte vorgegeben, und die Ergebnisse müssen dann auch diesen Erwartungen entsprechen. Will man etwa von den im Antrag festgelegten Vorgaben und Schritten abweichen, dann muss der gesamte Vertrag des Projektteams (*Consortiums*) zu meist mit der Kommission neu verhandelt werden. Damit wird Forschung zum strategisch geplanten und vermarktbaren Produkt und entfernt sich von den hehren Zielen der noch in den Policy-Dokumenten festgeschriebenen Freiheit und Autonomie wissenschaftlichen Denkens. Denken braucht Zeit und Raum: Denken braucht auch Auseinandersetzung, fruchtbares Chaos und Kritik. Diese Momente scheinen aber unerwünscht – abgesehen von einigen beachtenswerten Ausnahmen. So versucht die Einrichtung des *European Research Council* für die Kultur- und Sozialwissenschaften zumindest teilweise wieder Unabhängigkeit herzustellen.

In ihrem neuen Buch „*Democracy without politics? On the European crisis of legitimacy*“ sind die Historiker Hagen Schulz-Forberg und Bo Stråth (2009) den entsprechenden Entwicklungen innerhalb der EU im Detail nachgegangen. Sie verorten dort eine signifikante Transformation von *Government* zu *Governance* und weisen diese Veränderungen an vielen Beispielen nach (vgl. auch Jessop 2008). Repräsentation, Partizipation und Legitimation der Politik hätten sich, so Schulz-Forberg und Stråth, verabschiedet zugunsten von Verwaltung, diffusen Netzwerken und unklaren Machtverhältnissen. Auf den Punkt gebracht: Regieren, Kritik, Konflikt und Kontrolle sind von Flexibilisierung, Vermarktung, *Think Tanks*, Wettbewerb und Globalisierungsrhetorik abgelöst worden.

Viele weitere Beispiele der Ökonomisierung und Technologisierung von Universitäten ließen sich noch anführen. Anhand detaillierter und systematischer diskursanalytischer Studien kann man also den subkutanen, oft indirekten und verschlüsselten Ideologien und Wertungen auf die Spur kommen. Der DHA vermag darüber hinaus den Weg einzelner Argumente (*topoi*), Schlüsselbegriffe und ganzer Rhetoriken wie Diskurse nachzuvollziehen und damit im Einzelnen die Rekontextualisierungen, Intertextualitäten und interdiskursiven Überlappungen aufzuweisen. Nicht nur eine Begriffsgeschichte (im Sinne Kosellecks 1979) ist damit ermöglicht, sondern ganze Argumentationsmuster und Argumentationsketten können transparent gemacht und zurückverfolgt werden. Einerseits treffen wir also auf die Kolonisierung des Hochschulbereiches durch die KBE; andererseits lassen sich die Rekontextualisierungen von EU-Policies und -Strategien in die nationalstaatlichen Politiken explizit erfassen.

Kritische Distanz zu bewahren ist nicht einfach; denn alle sind heutzutage in der „Triple-Helix“ gefangen. Das Desiderat nach unabhängiger kritischer Sozialwissenschaft, nach Freiräumen, in denen ForscherInnen Zeit haben und denken dürfen, bleibt jedoch als wichtige und legitime Forderung bestehen.

Literatur

- Ash, Mitchell (2008): From „Humboldt“ to „Bologna“: History as discourse in higher education reform debates in German-speaking Europe. In: Jessop (2008): 41-62.
- Bakhtin, Mikael (1982): The dialogic imagination. Four essays. Austin: University of Texas Press.
- Bakhtin, Mikael (1986): Speech genres and other late essays. Austin: University of Texas Press.
- Billig, Michael (1989): Arguing and thinking. A rhetorical approach to social psychology. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bourdieu, Pierre (1992): Language and symbolic power. Cambridge: Polity Press.
- Brown, Keith (2005): Encyclopedia of language and linguistics vol 5. Oxford: Elsevier.
- Brown, Keith (2006): Encyclopedia of language and linguistics vol 9. 2nd ed. Oxford: Elsevier.
- Caldas-Coulthard, Carmen Rosa/Coulthard, Malcolm (Hrsg.) (1996): Texts and practices. London: Routledge.
- Chilton, Paul (2005): Missing links in mainstream CDA: Modules, blends and the critical instinct. In: Wodak/Chilton (2005): 19-51.
- Chilton, Paul/Schäffner, Christina (Hrsg.) (2002): Politics as text and talk: Analytic approaches to political discourse. Amsterdam/Philadelphia: John Benjamins.
- Corbett, John (2006): Genre and genre analysis. In: Brown (2006): 26-32.
- Eesti Teaduste Akadeemia (1997): White paper on R&D. In: Yearbook 1997, <http://www.aca.ee/eng/allea/whitepaperR&D.html>.
- Etzkowitz, Henry/Leydesdorf, Loet (Hrsg.) (1994): Universities and the global knowledge economy. London: Pinter.
- Fairclough, Norman (1992): Discourse and social change. Cambridge: Polity Press.
- Fairclough, Norman (2000): New labour, new language? London: Routledge.
- Fairclough, Norman/Wodak, Ruth (2005): Higher education and the KBE: Recontextualizing the „Bologna Strategy“ in Austria and Romania. Working paper for the Institute for Advanced Studies conference on discourse and the knowledge-based economy. Lancaster University.
- Fairclough, Norman/Wodak, Ruth (2008): The Bologna process and the knowledge based economy. In: Jessop et al. (2008): 109-126.
- Falkner, Gerda/Treib, Oliver/Hartlapp, Miriam/Leiber, Simone (2005): Complying with Europe. Cambridge: Cambridge University Press.
- Foucault, Michel (1984): The order of discourse. In: Shapiro (1984): 108-138.
- Godin, Benoit (2004): The new economy: What the concept owes to the OECD. In: Research Policy 33. 679-690.
- Godin, Benoit (2006): The knowledge-based economy: Conceptual framework or buzzword? In: Journal of Technology Transfer 31. 1. 17-30.
- Hakapää, Jyrki (2002): The knowledge society. In: Musial (2002): 10-23.
- Halliday, Michael A. K. (1978): Language as social semiotic. London: Edward Arnold.
- Halliday, Michael A. K. (1994): An introduction to functional grammar. 2. Aufl. London: Arnold.
- Hollingsworth, Roger (2007): Higher cognitive complexity and the making of scientific discoveries. In: Sales/Fournier (2007): 129-155.
- Jessop, Robert (2004): Critical semiotic analysis and cultural political economy. In: Critical Discourse Studies 1. 2. 159-174.
- Jessop, Robert (2008): The cultural political economy of the knowledge-based economy and its implications for higher education. In: Jessop et al. (2008): 13-40.
- Jessop, Robert/Fairclough, Norman/Wodak, Ruth (Hrsg.) (2008): Knowledge based economy and higher education in Europe. Rotterdam: Sense Publishers.

- Kienpointner, Manfred (1992): *Alltagslogik. Struktur und Funktion von Argumentationsmustern*. Stuttgart: Framman-Holzboog.
- Koselleck, Reinhart (1979): *Vergangene Zukunft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kress, Gunther (1985): *Processes in sociocultural practice*. Victoria: Deakin University.
- Krugman, Paul (1998): *The accidental theorist*. New York: Norton.
- Lemke, Jay (1995): *Textual politics: Discourse and social dynamics*. London: Taylor and Francis.
- Matouschek, Bernd/Wodak, Ruth/Januschek, Franz (1995): *Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Wien: Passagen*.
- Mautner, Gerlinde (2005): The entrepreneurial university: A discursive profile of a higher education buzzword. In: *Critical Discourse Studies* 2. 2. 95-120.
- Menz, Florian/Lalouschek, Johanna/Dressler, Wolfgang (1989): „Der Kampf geht weiter.“ Der publizistische Abwehrkampf in Kärntner Zeitungen seit 1918. Eine sprachwissenschaftliche Analyse von Vorurteilen und Feindbildern. Klagenfurt: Drava Verlag.
- Muntigl, Peter/Weiss, Gilbert/Wodak, Ruth (2000): *European Union discourses on un/employment. An interdisciplinary approach to employment policy-making and organisational change*. Amsterdam/Philadelphia: John Benjamins.
- Musial, Karl (Hrsg.) (2002): *Approaching knowledge society in the Baltic Sea region*. Gdansk: Wydawnictwo Uniwersytetu Gdańskiego.
- Pelinka, Anton/Wodak, Ruth (Hrsg.) (2002): *Dreck am Stecken*. Wien: Czernin.
- Pfeiffer, Oskar/Strouhal, Ernst/Wodak, Ruth (1987): *Recht auf Sprache*. Wien: Orac.
- Pollak, Alexander/Wodak, Ruth (2001a): Diskursanalytisches Gutachten zum Urteil „eEVr 3081/86“ des Landesgerichts für Strafsachen in Wien. In: Pollak/Wodak (2001b): 15-75.
- Pollak, Alexander/Wodak, Ruth (2001b): *Der ausgebliebene Skandal. Diskurshistorische Untersuchung eines Wiener Gerichtsurteils*. Wien: Czernin Verlag.
- Reisigl, Martin/Wodak, Ruth (2001): *Discourse and discrimination. Rhetoric of racism and antisemitism*. London: Routledge.
- Reisigl, Martin/Wodak, Ruth (2009): The discourse-historical approach. Erscheint in: Wodak/Meyer (2009).
- Sales, Arnaud/Fournier, Marcel (Hrsg.) (2007): *Knowledge, communication, and creativity*. London: Sage.
- Sarangi, Srikant/Coulthard, Malcolm (Hrsg.) (2000): *Discourse and social life*. Harlow: Pearson Education.
- Schulz-Forberg, Hagen/Sträth, Bo (2009): *Democracy without politics? On the European crisis of legitimacy* (im Erscheinen).
- Seale, Cliff/Gobo, Giampietro/Gubrium, Jaber F./Silverman, David (Hrsg.) (2004): *Qualitative research practice*. London: Sage.
- Sennett, Richard (1998): *Der flexible Mensch*. Berlin: Berlin Verlag.
- Shapiro, Thomas M. (Hrsg.) (1984): *Language and politics*. Oxford: Basil Blackwell.
- Swales, John (1990): *Genre analysis. English in academic and research settings*. Cambridge: Cambridge University Press.
- van Dijk, Teun A. (1985): *Handbook of discourse analysis*. 4 vols. London: Academic Press.
- van Dijk, Teun A. (1998): *Ideology. A multidisciplinary study*. London: Sage.
- van Dijk, Teun A. (2007): Contextual knowledge management in discourse production. A CDA perspective. In: Wodak/Chilton (2007): 71-100.
- van Leeuwen, Theo (1996): The representation of social actors. In: Caldas-Coulthard/Coulthard (1996): 32-70.
- van Leeuwen, Theo/Wodak, Ruth (1999): Legitimizing immigration control: A discourse-historical analysis. In: *Discourse Studies* 1. 1. 83-118.
- Verschueren, Jef (2001): Predicaments of criticism. In: *Critique of Anthropology* 21. 1. 59-81.
- Weiss, Gilbert/Wodak, Ruth (2001): European Union discourses on employment. Strategies of depoliticizing and ideologizing employment policies. In: *Concepts and Transformation* 5. 1. 29-42.
- Wenger, Andreas (1999): *Organisation multinationalaler Konzerne*. Bern: Haupt.
- Wittgenstein, Ludwig (1967): *Philosophische Untersuchungen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Wodak, Ruth (2000a): From conflict to consensus? The co-construction of a policy paper. In: Muntigl et al. (2000): 73-114.
- Wodak, Ruth (2000b): Recontextualization and the transformation of meanings: A critical discourse analysis of decision making in EU-meetings about employment policies. In: Sarangi/Coulthard (2000): 185-206.
- Wodak, Ruth (2001): The discourse-historical approach. In: Wodak/Meyer (2001): 63-95.
- Wodak, Ruth (2004): Critical discourse analysis. In: Seale et al. (2004): 197-213.
- Wodak, Ruth (2006a): Universität im 21. Jahrhundert. In: *Zukunft* 10. 26-33.
- Wodak, Ruth (2006b): Review article: Dilemmas of Discourse (Analysis). In: *Language in Society* 35. 595-611.

- Wodak, Ruth (2007): Pragmatics and Critical Discourse Analysis. A cross-disciplinary inquiry. In: *Pragmatics & Cognition* 15. 1. 203-225.
- Wodak, Ruth (2008): Introduction: Discourse, text, and context. In: Wodak/Krzyżanowski (2008): 1-43.
- Wodak, Ruth (2009): The discourse of politics in action: Politics as usual. Basingstoke: Palgrave/MacMillan.
- Wodak, Ruth/Chilton, Paul (Hrsg.) (2005): A new research agenda in critical discourse analysis: Theory and interdisciplinarity. Amsterdam/Philadelphia: John Benjamins.
- Wodak, Ruth/Chilton, Paul (Hrsg.) (2007): A new research agenda in critical discourse analysis: Theory and interdisciplinarity. Amsterdam/Philadelphia: John Benjamins.
- Wodak, Ruth/de Cillia, Rudolf (2005): Politics and language – overview. In: Brown (2005): 707-719.
- Wodak, Ruth/de Cillia, Rudolf /Reisigl, Martin/Liebhart, Karin (1999): The discursive construction of national identity. Edinburgh: EUP (2nd revised edition, 2009).
- Wodak, Ruth/de Cillia, Rudolf/Gruber, Helmut/Mitten, Richard/Nowak, Peter/ Pelikan, Johann (1990): „Wir sind alle unschuldige Täter!“ Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Wodak, Ruth/de Cillia, Rudolf/Reisigl, Martin/Liebhart, Karin/Hofstätter, Klaus/Kargl, Maria (1998): Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Wodak, Ruth/Fairclough, Norman (2009): Standardizing higher education: The bologna strategy in Austria and Romania. Erscheint in: *Critical Discourse Studies*.
- Wodak, Ruth/Krzyżanowski, Michal (Hrsg.) (2008): Qualitative discourse analysis in the social sciences. Basingstoke: Palgrave.
- Wodak, Ruth/Menz, Florian/Mitten, Richard/Stern, Frank (1994): „Sprachen der Vergangenheiten“. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Wodak, Ruth/Meyer, Michael (Hrsg.) (2001): Methods of critical discourse analysis. London: Sage.
- Wodak, Ruth/Meyer, Michael (Hrsg.) (erscheint 2009): Methods of CDA, 2. überarb. Aufl. London: Sage.
- Wodak, Ruth/Reisigl, Martin (1999): The semiotics of racism. Approaches in critical discourse analysis. Wien: Passagen.
- Wodak, Ruth/ Reisigl, Martin (2002): „... WENN EINER ARIEL HEISST ...“ Ein linguistisches Gutachten zur politischen Funktionalisierung antisemitischer Ressentiments in Österreich. In: Pelinka/Wodak (2002): 134-172.
- Wodak, Ruth/Weiss, Gilbert (2007): Analyzing European Union discourses: Theories and applications. In: Wodak/Chilton (2007): 121-135.